

## Ein paar Fakten zur Rentendiskussion

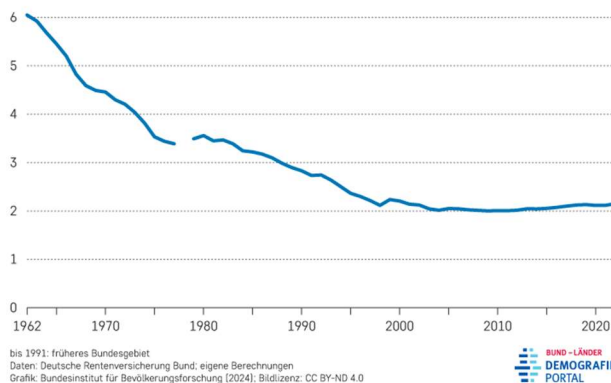
die aktuelle Diskussion um „Haltelinien“ oder „Bundeszuschüsse“ zur Rente klingen oftmals technisch und kompliziert. Wir wollen versuchen, einmal etwas Licht in die – eigentlich sehr einfache – Mathematik zur Rente zu bringen.

Mit der Rentenreform im Januar 1957 wurde die gesetzliche Rentenversicherung als reines Umlagesystem etabliert. Vereinfacht formuliert, werden in jedem Monat die Einnahmen aus den Rentenbeiträgen der Erwerbstätigen als Rente an die aktuellen Rentner ausgezahlt. Schnell wird klar, dass die Höhe der Beiträge, die Anzahl der Einzahlenden und die Anzahl der Rentner bestimmend für eine mögliche Rentenzahlung sind.

1960 war das Verhältnis Beitragszahler zu Rentner mit 6:1 noch sehr entspannt und hat sich deutlich auf 2:1 verringert, wie die nachfolgende Grafik illustriert:

### Gesetzliche Rentenversicherung

Beitragszahler je Altersrentner, 1962–2022



Vergleiche: <https://www.demografie-portal.de/DE/Fakten/altersrentner-beitragszahler.html>

### Was bedeutet dies in der Praxis?

Stellen wir uns vor, 1960 haben 6 Arbeitnehmer mit jeweils einem Einkommen von 1.000 Mark die Zahlung eines Rentners erwirtschaftet. Bei einem Beitrag in Höhe von 14%<sup>1</sup> wurden also 6x140 Mark = 840 Mark umverteilt. Das entspricht auskömmlichen 84% des Durchschnittseinkommens der 6 Einzahler.

Wenn 2025 nur noch zwei Arbeitnehmer mit jeweils 1.000 Euro Einkommen 18,6% einzahlen, stehen für den Rentner 372 Euro zur Verfügung. Dies ist damit weniger als 40% des Durchschnittseinkommens von 1.000 Euro.

Hätte man das gleiche Rentenniveau wie 1960 mit 2 Einzählern erreichen wollen, müsste der Beitrag bei über 40% liegen, als gut doppelt so hoch.

Um das Rentenniveau nicht wie im obigen Beispiel zu stark sinken zu lassen und trotzdem die Rentenbeiträge nicht zu stark zu erhöhen, gibt es einen steuerfinanzierten Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung. Für 2026 wird dieser Zuschuss grob ein Drittel der eingenommenen Bundessteuern umfassen mit steigender Tendenz.<sup>2</sup>

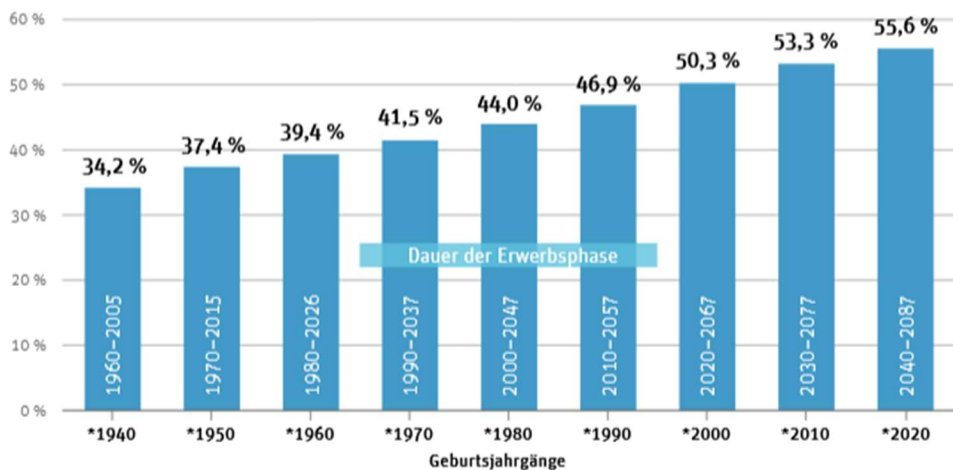
<sup>1</sup> Vergleiche [https://www.bundesamtsozialesicherung.de/fileadmin/redaktion/Rentenversicherung/Beitraege/Beitragssaetze\\_ab\\_1957.pdf](https://www.bundesamtsozialesicherung.de/fileadmin/redaktion/Rentenversicherung/Beitraege/Beitragssaetze_ab_1957.pdf)

<sup>2</sup> Vergleiche <https://www.ifo.de/pressemitteilung/2025-11-18/zuschuss-rentenversicherung-wird-ein-drittel-der-steuereinnahmen>

Auch wenn die Arbeitsministerin Bas aktuell darauf hinweist, dass der Steuerzuschuss gesichert ist, bleibt es ein demografischer Fakt, dass sich die Geburten seit den 1960er Jahren von 1,3 Millionen Babys pro Jahr auf aktuell weniger als 700.000 Babys nahezu halbiert haben.<sup>3</sup> Dies führt dann auch zu Veränderungen bei der Finanzierung der Sozialkassen (Renten-, Kranken-, Pflege und Arbeitslosenversicherung). Hat ein 1960 geborener noch durchschnittliche Sozialkosten von 39,4% getragen, liegt dieser Wert für 2000 Geborene bereits bei 50,3%.<sup>4</sup>

**Abb. 3: Durchschnittliche Sozialversicherungsbeiträge\* in der Erwerbsphase nach Geburtsjahr (Referenzvariante)**

in % der beitragspflichtigen Einnahmen



\* Angaben für GKV und SPV inkl. durchschnittlicher Zusatzbeiträge bzw. Beitragszuschläge und -abschläge nach Kinderzahl.  
Quellen: DRV, BA, BMG; SIM.22

Bei einem rein Umlagefinanzierten System (auch der Bundeszuschuss ist ja nichts anderes als eine Umlage von Steuerzahlern zu Rentenempfängern), ergeben sich nur vier Stellschrauben, um die das „System gesetzliche Rente“ zu beeinflussen:

- Zahl der Einzahler in die Rentenversicherung
- Beitragssatz der Einzahler
- Rentenbeginn als Wechselzeitpunkt vom Einzahler zum Empfänger
- Höhe der Rente

Demografische Veränderungen benötigen lange Zeiträume, bis die volle Wirkung entfaltet wird. Die großen Jahrgänge der 1960er Jahre haben die letzten gut 40 Jahre als Einzahler das System der Umlage an ältere Rentenempfänger stabilisiert. Diese auch „Boomer“ genannte Generation wechselt jetzt in die Rentenphase und verschärft die Krise damit doppelt. Einerseits fallen große Jahrgänge als Beitragszahler aus und andererseits werden große Jahrgänge zu Empfängern.

Ein Versuch, diese Entwicklung finanziell abzufedern wurde 2004 unternommen, als der sogenannte „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Rentenberechnung aufgenommen wurde. Dieser Faktor soll sicherstellen, dass ein sich verschlechterndes Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern nicht einseitig die jungen Generationen belastet. Leider wurde dieser Faktor ausgesetzt, was dazu führt, dass schon in den nächsten 10 Jahren die Rentenbeiträge von

<sup>3</sup> <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/Tabellen/Irbbev04.html#242408>

<sup>4</sup> Vergleiche [https://www.wip-pkv.de/fileadmin/DATEN/Dokumente/Studien\\_in\\_Buchform/WIP-2025-Sozialversicherungen\\_in\\_demografischer\\_Schiefelage\\_Werding.pdf](https://www.wip-pkv.de/fileadmin/DATEN/Dokumente/Studien_in_Buchform/WIP-2025-Sozialversicherungen_in_demografischer_Schiefelage_Werding.pdf)

derzeit 18,6% auf über 21,5% der Bruttoeinkommen steigen werden.<sup>5</sup> Bei einem Einkommen von 60.000 Euro pro Jahr bedeutet dies fast 1.800 Euro mehr Rentenbeiträge, also weniger Vermögen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

### Fazit:

Es ist seit Jahrzehnten absehbar gewesen, dass die Demografie ab 2020 zu großen Herausforderung in den Umlagesystemen (auch Kranken- und Pflegeversicherung) führen wird. Ein Umstieg auf ein stärker kapitalgedecktes Verfahren wurde hierbei weitgehend verpasst.<sup>6</sup>

Ein weiteres Verschieben notwendiger Reformen in die Zukunft wird dabei das grundlegende demografische Problem nicht lösen, sondern die Auswirkungen tendenziell verschärfen. Statt nach dem „Sankt Florian Prinzip“<sup>7</sup> zu hoffen, dass es noch ein paar Jahre „gutgeht“ mit der Rente, sollte die Politik zeitnah die Fakten transparent auf den Tisch legen und strukturelle Reformen angehen.

Wer darauf nicht vertrauen will, sollte die private Altersrente steigern oder könnte – so wie zuletzt mehr als eine Viertelmillion Deutsche jährlich<sup>8</sup> – über die Auswanderung in Länder nachdenken, bei denen Steuern und Abgaben geringer sind.<sup>9</sup>

Ihr

Dr. Michael König

Die Einschätzungen, die in diesem Dokument vertreten werden, basieren auf Informationen Stand Dezember 2025. Die Einschätzungen sollen dabei nicht als auf die individuellen Verhältnisse des Lesers abgestimmte Handlungsempfehlungen verstanden werden und können eine persönliche Beratung nicht ersetzen. Alle Informationen basieren auf Quellen, die wir als verlässlich erachten. Garantien können wir für die Richtigkeit nicht übernehmen.

<sup>5</sup> Vergleiche [https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync\\_id=HBS-009278](https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-009278)

<sup>6</sup> Die sogenannte „Riesterrente“ war ein sehr kleiner kapitalgedeckter Baustein.

<sup>7</sup> [https://www.duden.de/rechtschreibung/Sankt\\_Florians\\_Prinzip](https://www.duden.de/rechtschreibung/Sankt_Florians_Prinzip)

<sup>8</sup> <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/regionalprofile/deutschland/550949/auswanderung-aus-deutschland/>

<sup>9</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Monatsberichte/Ausgabe/2025/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-3-steuern-im-internationalen-vergleich-2024.html>

Anschrift Dr. König und Kollegen GmbH Schlothauerweg 15 52353 Düren	Telefon 02421 - 99 45 860 Fax 02421 - 99 45 862	Email <a href="mailto:info@koenig-kanzlei.de">info@koenig-kanzlei.de</a> Internet <a href="http://www.koenig-kanzlei.de">www.koenig-kanzlei.de</a>	Deutsche Bank Düren BIC: DEUTDEDB395 IBAN DE82 3957 0024 0809 5952 00 USt-ID: DE815387385
--	--	---	--